



Ob aus dem Spielkreis Kiefen eine neue Kindertagesstätte entwickelt wird, bleibt auch nach der Entscheidung des Kreisausschusses und dem Prüfauftrag des Landrats weiter unklar. *Aufn.: R. Groß*

## Landrat stoppt Verfahren: Innenministerium soll prüfen

VON AXEL SCHMIDT

**Lüchow.** Mit knapper Mehrheit hat sich der Kreisausschuss (KA) dem jüngsten Votum des Jugendhilfeausschusses (JHA) angeschlossen und sich für den Bau und Betrieb einer Kindertagesstätte in Kiefen mit einer Kindergarten- und Krippengruppe und für die Einrichtung zweier Hortgruppen in Clenze ausgesprochen. Vier KA-Mitglieder stimmten dafür, drei dagegen, und drei enthielten sich. Doch das bedeutet nicht, dass es jetzt mit den Baumaßnahmen losgehen kann. Landrat Schulz (parteilos) hat das Verfahren gestoppt, so wie er das in der jüngsten Sitzung des JHA angekündigt hatte (EJZ berichtete).

„Das bedeutet, dass erst einmal gar nichts passiert, leider“, bedauert Landrat Jürgen Schulz. Er wendet sich nun an das Innenministerium in Hannover, das prüfen soll, ob der KA mit dieser Entscheidung gegen geltendes Vergaberecht verstoßen habe. Denn das Ergebnis der Ausschreibung des Projekts habe einen Kostenvorteil für eine Gesamtlösung in Clenze ergeben. Das Jugendamt arbeite aber an

### Kreisausschuss für Bau der Kindertagesstätte in Kiefen – Idee: Trennung von Bau und Betrieb künftiger Kitas

einer Übergangslösung.

Schulz erinnert daran, dass es in der jüngsten Sitzung des JHA zu unterschiedlichen Auffassungen im Umgang mit Vergabeergebnissen gekommen sei. Während im Ausschuss die Meinung herrsche, dass das Thema von Bau und Betrieb von Kindertagesstätten politisch zu entscheiden sei, fühle sich die Kreisverwaltung an das Ergebnis der Ausschreibung gebunden. Zudem will der Landrat im Innenministerium klären lassen, ob das Votum des JHA für die Verwaltung bindend sei oder ob der KA bei solchen Themen eine Entscheidungskompetenz besitze.

Unabhängig davon herrsche im Jugend-Fachdienst die Auffassung, dass ein Neubau einer Kindertagesstätte in Kiefen langfristig nicht vernünftig sei. Aktuell sei es so, dass sich der Landkreis wegen der Zahlungen für Abschreibungen auf 25 Jahre an den Standort binden müsse. Angesichts unklarer mittelfristiger

demografischer Entwicklungen sei eine 25-jährige Bindung an den Standort Kiefen mit einem hohen Risiko belastet, die Kita auf Dauer gut auszulasten. Laut Landrat stelle sich die Lage so dar, dass derzeit nur acht Kinder aus dem Raum Kiefen für den Kita-Besuch in Frage kämen. Der Kita-Neubau würde aber eine Kindergruppe mit 25 Jungen und

**„Das bedeutet,  
dass erst einmal  
gar nichts  
passiert, leider.“**

Jürgen Schulz, Landrat

Mädchen Platz bieten. Im Hinblick auf die wachsenden Debatten zum Klimaschutz bedeutet das aktuell: Zwei Drittel der Kindergartenkinder, die in Kiefen betreut würden, müssten per Fahrzeug nach Kiefen transportiert werden. Die sich daraus er-

gebende CO<sub>2</sub>-Belastung wäre also ungleich höher als beim Gesamtkonzept mit vier Kindergruppen in Clenze.

### Trennung von Bau und Betrieb?

Zur Debatte über den Kita-Bedarf für zwei Krippengruppen in der Samtgemeinde Lüchow sowie deren Ausschreibung für den Planbereich Lüchow habe sich eine recht einvernehmliche Debatte entwickelt, erklärte Landrat Schulz. Der Kern der Diskussion: Noch in jüngster Vergangenheit habe der Landkreis den Mehrbedarf an Betreuungsplätzen dadurch decken können, dass an vorhandene Betreuungseinrichtungen von Kindern neue Anbauten geschaffen worden seien. „Jetzt ist der Bedarf aber dermaßen gewachsen, dass wir an manchen Orten um einen Neubau nicht herum kommen“, weiß der Landrat. Allerdings sei künftig genauer zu entscheiden, ob der Betrieb eines Kindergartens stets automatisch mit dem Kita-Neubau verknüpft werden müsse. So falle es den Sozialträgern der Kitas immer schwerer, Bauten zu finanzieren und umzusetzen. Das gelte beispielsweise

se für die Kirche als Vertragspartner. Unabhängig davon müssten Landkreis und Samtgemeinden darüber nachdenken, ob es besser sei, dass die Kommunen die Neubauten errichten und nur den Kita-Betrieb ausschreiben. Dies würde – angesichts des günstigen Zinsniveaus für Kommunalkredite – einerseits dazu führen, dass Geld für den Kita-Neubau gespart werde. Andererseits könne mehr Wettbewerb bei der Vergabe der Betriebsführungsverträge entstehen. Auch das würde zu günstigeren Betriebskosten führen, die sich auch positiv auf die Elternbeiträge auswirken könnten. Der Landrat ist sich sicher, dass die Aufsichtsbehörde solche Kredite genehmige. „Letztlich zahlt es der Landkreis sowieso, entweder über Überweisungen für Abschreibungen oder durch Tilgungen für Kommunalkredite.“ Hinsichtlich des Kinderbetreuungsbedarfs in Liepe sei sich der KA einig, die Anregung des Kreisratsmitglieds Bernard Fathmann (Bürgerliste) aufzunehmen und mit der SG Lüchow zu prüfen, ob denn ein Anbau ausreichen würde anstatt eines deutlich teureren Kita-Neubaus.